

Copyright Firma Pfizer

Knut Consemüller

Forschung und Forschungsförderung in Österreich:

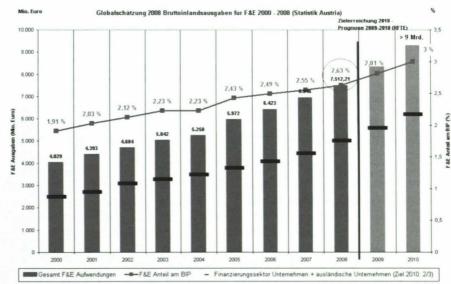
Neue, mutige Schritte setzen

Österreich will eine der führenden Wissensgesellschaften in Europa werden. Dazu bedarf es vor allem der vermehrten Förderung von Hochqualifizierung sowie des Ausbaus exzellenter Forschung.

In der Lissabon-Strategie haben die Leuropäischen Staats- und Regierungschefs festgehalten, dass Forschung und Innovation die Voraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung in Europa sind. Forschung steigert nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes, sie sichert auch dessen Wohlstand und ermöglicht soziale Teilhabe.

Erfolge in Forschung und Technologieentwicklung benötigen jedoch eine Kultur, die auch tatsächlich für Innovationen aufgeschlossen ist, sowie den strategischen Einsatz von Geldmitteln. Österreich hat diesbezüglich in den vergangenen Jahren eine beeindruckende Entwicklung genommen. Die Ausgaben für F&E haben sich sehr dynamisch entwickelt und erreichen laut Schätzung der Statistik Austria im Jahr 2008 insgesamt 7,5 Mrd. Euro bzw. 2,63 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

Damit ist unser Land auf dem besten Weg, dass Lissabon-Ziel - nämlich im Jahr 2010 drei Prozent des BIP für Forschung und Entwicklung zu investieren - zu erreichen.



Grafik 1: Aufwärtstrend: Der Pfad zum 3 %-Ziel – Trendszenario FÜR F&E-AUSGABEN IN ÖSTERREICH BIS 2010

Um die begonnene Entwicklung abzusichern und weiterzuführen, ist das Lissabon-Ziel wichtig, jedoch nicht ausreichend. Wir brauchen neben dieser quantitativen Zielmarke auch qualitative, inhaltliche Ziele wie beispielsweise die nachhaltige Entwicklung der Humanressourcen und die Steigerung der Forschungsqualität mit einer Fokussierung auf Exzellenz bzw. Spitzenleistungen.

Notwendige Basis für die Fortsetzung eines erfolgreichen Weges: Wissen-

W

schaftlichen Nachwuchs gezielt fördern

Wissenschaft, Forschung und Entwicklung brauchen neben ausreichenden finanziellen Ressourcen, langfristiger Planungssicherheit und optimalen Strukturen vor allem hoch qualifizierte Menschen.

Dabei müssen insbesondere die Zusammenhänge zwischen den Ausbildungssystemen, Migrationspolitik, Mobilität und Gender beachtet werden. In der vom Rat beauftragten Studie "Humanressourcen in Österreich" wurden deshalb nach einer umfassenden Gegenüberstellung von Nachfrage und Angebot die wichtigsten Problem- und Handlungsfelder im Bereich Humanressourcen identifiziert. Dabei zeigt sich, dass Österreich immer noch geprägt ist durch eine im internationalen Vergleich geringe MaturantInnen- und AkademikerInnenquote sowie durch eine Unattraktivität wissenschaftlicher Karrieren, vor allem aber durch einen einerseits hohen Grad an Selektivität und andererseits mangelnde Durchlässigkeit des Ausbildungssystems.

Fazit: Um Österreich als Wissensgesellschaft langfristig positionieren zu können, braucht es die berufliche Territarisierung sowie die Förderung der Hochqualifizierung als vordringliches Ziel der nationalen Bildungs-, Ausbildung- und Forschungspolitik.

Tabelle 1: Beschäftigungsprognose

	Beschäftigte im Jahr 2004	Beschäftigte im Jahr 2010	Jährliches Wachstum in %
Akademische Ausbildung	285.400	327.500	2,3 %
Maturaniveau	669.200	722.200	1,3 %
Lehr- oder Fachschulabschluss	1.614.600	1.661.700	0,5 %
Maximal Pflichtschule	330.800	341.900	0,6 %
Beschäftigungswachstum gesamt			0,9 %

Quelle: WIFO; Mittelfristige Beschäftigungsprognose für Österreich. Berufliche und sektorale Veränderungen bis 2010. Wien 2006

Exzellenz in Wissenschaft und Forschung

Anlässlich der Technologiegespräche in Alpbach im August 2007 hat der Rat für Forschung und Technologieentwicklung seine Exzellenzstrategie für die österreichische Forschung und Entwicklung präsentiert. In diesem Bereich besteht dringender Handlungsbedarf, hier sind neue, mutige Schritte gefordert. Exemplarisch sei nur auf einige wenige verwiesen:

An den Universitäten müssen Qualitätssicherung und –kontrolle in

viel höherem Maße Gegenstand der Leistungsvereinbarungen werden. Dazu müssen sich die Universitäten im Rahmen der Leistungsvereinbarungen dazu verpflichten, in den nächsten Jahren entsprechende Systeme und Prozeduren zu entwickeln und zu implementieren. Gleichzeitig Leistungsvereinbarungen müssen auch wirklich als Steuerungsinstrumente eingesetzt werden, weshalb einerseits der Prozess bis zum Zustandekommen der Vereinbarungen als echter Verhandlungsprozess verstanden werden muss, andererseits der Grundgedanke des Wettbewerbs zwischen den Universitäten stärker in den Vordergrund gestellt werden soll.

- Der kooperative Sektor, also jener Bereich, wo Wissenschaft und Wirtschaft zusammenarbeiten, wurde in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich gefördert. Nun gilt es, diesen Sektor durch die Bündelung der Programme zur Kooperationsförderung, durch Vereinfachung des Programmangebots und durch die Einführung von Ziel- und Leistungsvereinbarungen weiter zu stärken.
- Und schließlich muss die Stärkung der KMU als Rückgrad der österreichischen Wirtschaft wesentliches Ziel sein. Österreich ist geprägt durch seine überwiegend klein- und mittelbetriebliche Struktur. Für

diese Unternehmen sind Innovationsfähigkeit und Innovationsbereitschaft besondere Herausforderungen – aber auch

Chancen, denn paradoxerweise liegen die nachhaltigen Wettbewerbs-

vorteile einer globalen Wirtschaft zunehmend in lokalen Gegebenheiten - Wissen, Beziehungen, Motivation -, mit denen weiter entfernte Rivalen nicht mithalten können. Ziel muss es deshalb

sein, die Anzahl der KMU mit eigenen F&E-Aktivitäten nachhaltig zu erhöhen.

Wie die OECD bestätigt, ist Österreich durch die Anstrengungen der letzten Jahre in weiten Bereichen vom Technologienehmer und –anwender zum Technologiegeber geworden und konnte sich im Spitzenfeld der EU-Mitgliedstaaten positionieren. Damit Österreich vom Innovation Follower zum Innovation Leader in Europa werden kann, muss dieser Weg unbedingt fortgesetzt werden.

Autor

Knut Consemüller, Dipl.-Ing. Dr., geboren 1941 in Dortmund, studierte Eisenhüttenkunde in Aachen sowie Wirtschaftswissenschaften in Köln. 1969 Promotion am Institut für Eisenhüttenkunde der TH Aachen.

Danach bis 1989 bei der HOESCH-STAHL AG beschäftigt, ab 1980 als Vorstandsmitglied. 1989 Übernahme der Strategischen Planung bei der VO-EST-ALPINE-STAHL AG.

1991 bis Ende 2007 im Vorstand des BÖHLER-UDDEHOLM-Konzerns mit Verantwortung für die Divisionen Schmiedetechnik und Schweißtechnik sowie dem Bereich "Forschung und Entwicklung".

Knut Consemüller war von 1976 bis 1984 Mitglied des deutschen Technologie-Beirates.

Im Jahr 2000 wurde er vom Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie in den Rat für Forschung und Technologieentwicklung berufen und bei der konstituierenden Sitzung des Rates am 6. September 2000 zum Vorsitzenden gewählt. In dieser Funktion wurde er auch für die zweite Funktionsperiode des Rates im September 2005 bestätigt.



Dipl.-Ing. Dr.
Knut Consemüller
Vorsitzender des Rates
für Forschung und
Technologieentwicklung